

# Rechtsentwicklung (Urteile) im Bereich der Personenversicherung

Fachtagung Personenschaden 29./30.8.2022

RA lic. iur. Barbara Huber / RA lic. iur. Sarah Riesch



## Sozialversicherungsrecht (ATSG / UVG)

Deckung

Unfallbegriff

Heilungskosten

Abklärung

Versicherter Verdienst

Invalidität

Revision

Leistungskürzungen

Verfahren

## Versicherungsvertragsrecht (KVG / UVG)

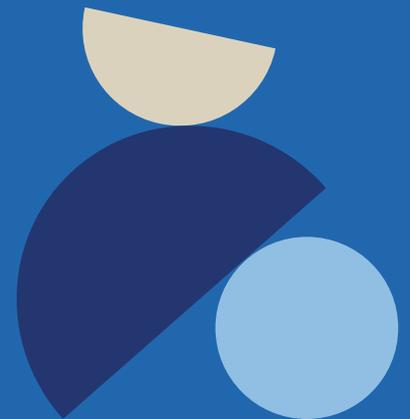
Schaden / Summenversicherung

Beweislast und Beweismass

Leistungsdauer

Quellennachweis: Sämtliche nachfolgende Bilder stammen von [www.pixabay.com](http://www.pixabay.com).

# Sozialversicherungsrecht



# Deckung Unfall im Sportverein

BGE 147 V 268, Urteil vom 30.4.2021



## Arbeitnehmerbegriff

➤ Trägt kein eigenes wirtschaftliches Risiko

➤ Erwerbs- oder Ausbildungszweck

➤ Unterordnung

➤ Arbeitsvertrag nicht vorausgesetzt

## Arbeitnehmer des Sportvereins als Spieler der 1. Mannschaft?

### Unfallversicherung Sportverein

- Kein Arbeitsverhältnis in Bezug auf die Spielertätigkeit - keine Deckung.

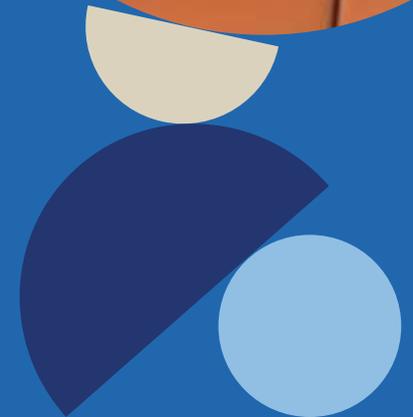
### Sozialversicherungsgericht ZH

- Arbeitnehmerbegriff und damit Deckung ÖKK bejaht.

### Bundesgericht

- A. ist in Bezug auf seine Spielertätigkeit als Arbeitnehmer im Sinne von Art. 1a UVG zu betrachten und geniesst über den "Sportverein" Versicherungsschutz.

# Unfall / Körperschädigungen (ATSG 4 / UVG 6 II)



# Unfall, dann Körperschädigung?

BGE 146 V 51, Urteil vom 24.9.2019



## Leistungspflicht bei einer Listendiagnose

### Unfallversicherer

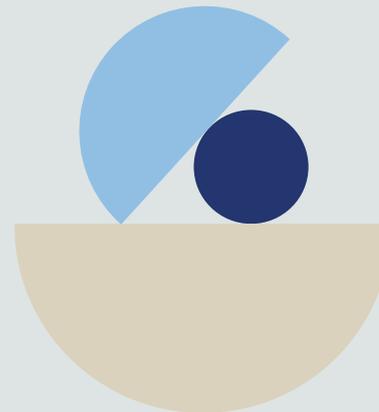
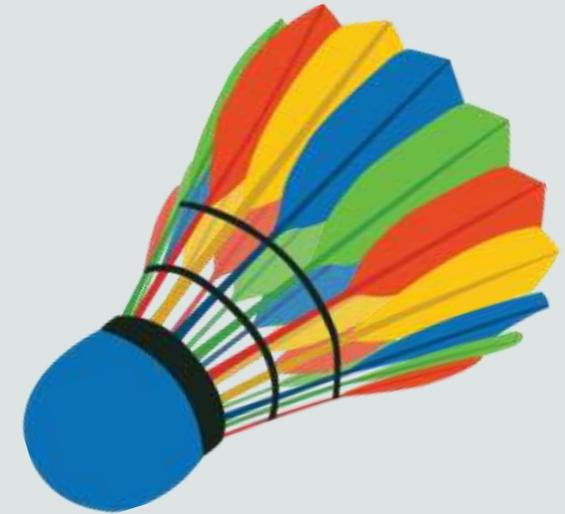
- Keine unfallbedingte strukturellen Verletzungen
- Status quo sine 6 Wochen nach Prellung erreicht
- Degenerative Veränderungen nicht unfallkausal

### Bundesgericht

- Vorübergehende Verschlimmerung eines Vorzustandes
- Leistungspflicht bei Listendiagnose
  - Entlastungsbeweis: vorwiegend (= zu mehr als 50%) auf Abnützung/Erkrankung
  - Initiales erinnerliches und benennbares Ereignis
  - Gesamtes Ursachenspektrum relevant
- Unfall keine Teilursache für Listenverletzung = Entlastungsbeweis für Abnützung/Erkrankung

# Körperschädigung (UVG 6 II) - Badmintonspiel

8C\_593/2021, Urteil vom 6.1.2022



## Badmintonspiel

### Unfallversicherer

- kein Unfall im Rechtsinne
- vorwiegend Degeneration

### Verwaltungsgericht Bern

Gutheissung der Beschwerde

### Bundesgericht

#### Bestätigung des kantonalen Urteils

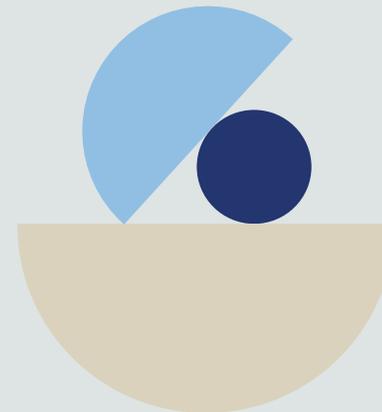
- Stop-and-Go-Bewegung
- Keine zeitnahe (präoperative) Bildgebung
- Beweislast trägt der Versicherer
- Keine medizinische Erfahrungstatsache bei Sehnenrupturen
- Keine weiteren Erhebungen notwendig

# Heilbehandlungen (UVG 10)



# Heilbehandlung (UVG 10) - Hilfe und Pflege zu Hause

BGE 148 V 28, Urteil vom 27.10.2021



### Hilfe und Pflege zu Hause

#### Art. 18 UVV

Ärztlich angeordnete medizinische Pflege zu Hause durch eine zugelassene Person (Abs. 1)

Ärztlich angeordnete medizinische Pflege zu Hause durch eine nicht zugelassene Person (Abs. 2 lit. a)

Nichtmedizinische Hilfe zu Hause, soweit nicht durch Hilflosenentschädigung abgedeckt (Abs. 2 lit. b)

## Hilflosenentschädigung

### Alltägliche Lebensverrichtungen

- An- und Auskleiden
- Aufstehen, Absitzen, Abliegen
- Essen (Nahrung zubereiten, aufnehmen, zerkleinern, Sondenernährung, etc.)
- Körperpflege (waschen, kämmen, rasieren, duschen mit Duschhilfe)
- Verrichten der Notdurft
- Fortbewegung zu Hause und ausserhalb sowie Kontaktaufnahme mit der Umwelt

## Hilfe und Pflege zu Hause

### Unfallversicherer

- Beitrag an Hauspflege:  
CHF 1'234.00 (ab 6/2012)
- Beitrag an Hauspflege:  
CHF 748.00 (ab 9/2017)

### Sozialversicherungsgericht Zürich

Abweisung der Beschwerde

### Beschwerde

- Voller Ersatz der Kosten im Zusammenhang mit dem Grundpflegebedarf resp. nichtmedizinische Hilfe zu Hause
- Keine Anrechnung der Hilflosenentschädigung

## Hilfe und Pflege zu Hause

### Bundesgericht

Revidierte Bestimmungen sind anwendbar (vgl. BGE 146 V 364)

Beitrag nach UVG 18 II b ist subsidiär zur Hilflosenentschädigung (E. 6.2.2)

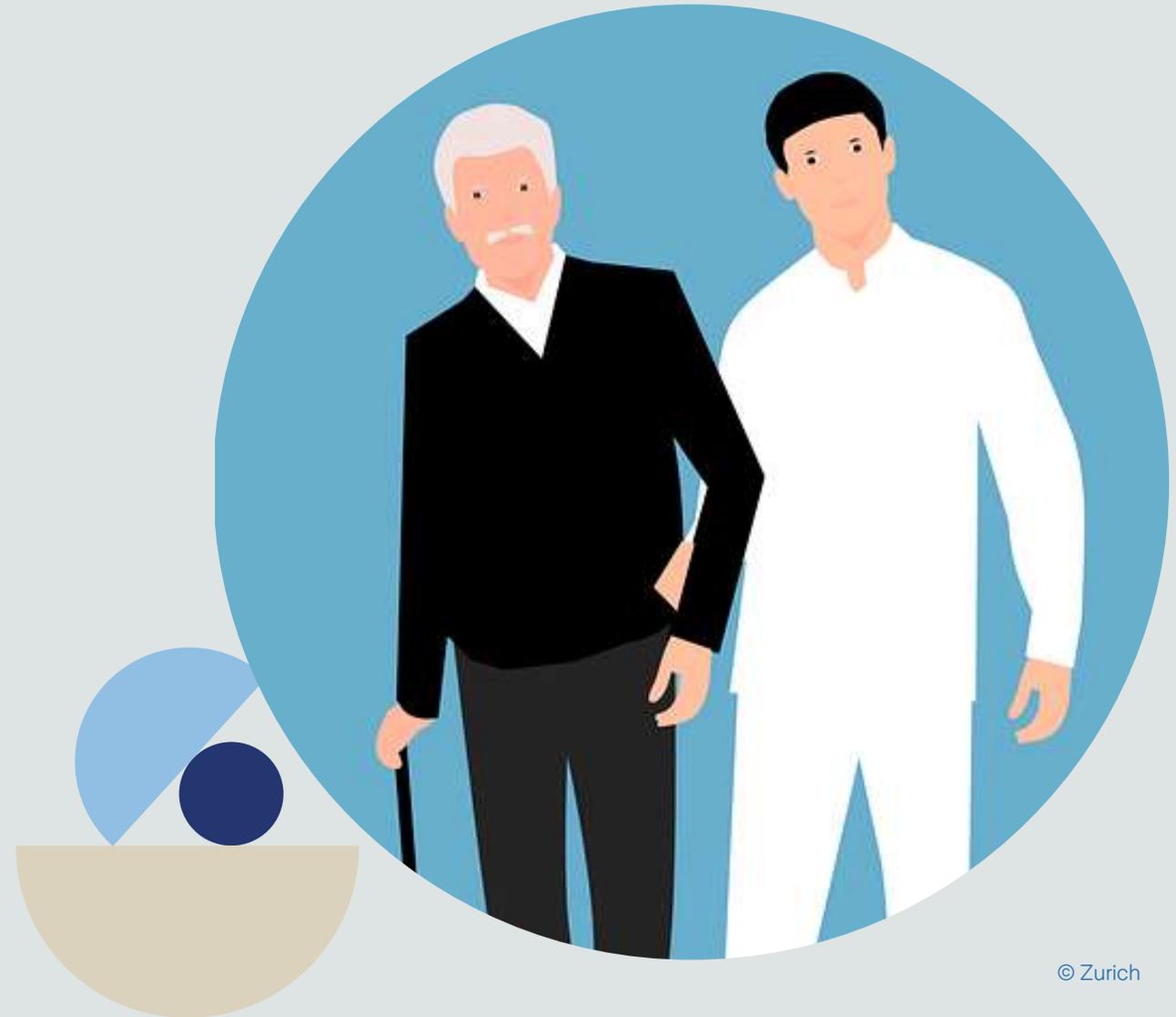
Abklärung des Bedarfs (medizinische Pflege und nichtmedizinische Grundpflege)

Keine integrale Abdeckung durch Hilflosenentschädigung (E. 6.5)

Hilflosenentschädigung ist zu 85% anzurechnen

# Heilbehandlung (UVG 10) - Hilfe und Pflege zu Hause

8C\_621/2021\*, Urteil vom 18.5.2022



## Wahl des Leistungserbringers / Tarifansatz

### Unfallversicherer

- Keine Leistung an vertragslose Spitex

### Verwaltungsgericht Graubünden

- Gutheissung der Beschwerde
- Unfallversicherer muss Leistungen übernehmen

### Bundesgericht

- Auswahlverfahren der Unfallversicherung gilt nicht unbeschränkt
- Tarifhöhe und Berechnung richtet sich nach dem Spitex-Tarifvertrag

## Wahl des Leistungserbringers / Tarifansatz

Unfallversicherung

Gericht Graubünden

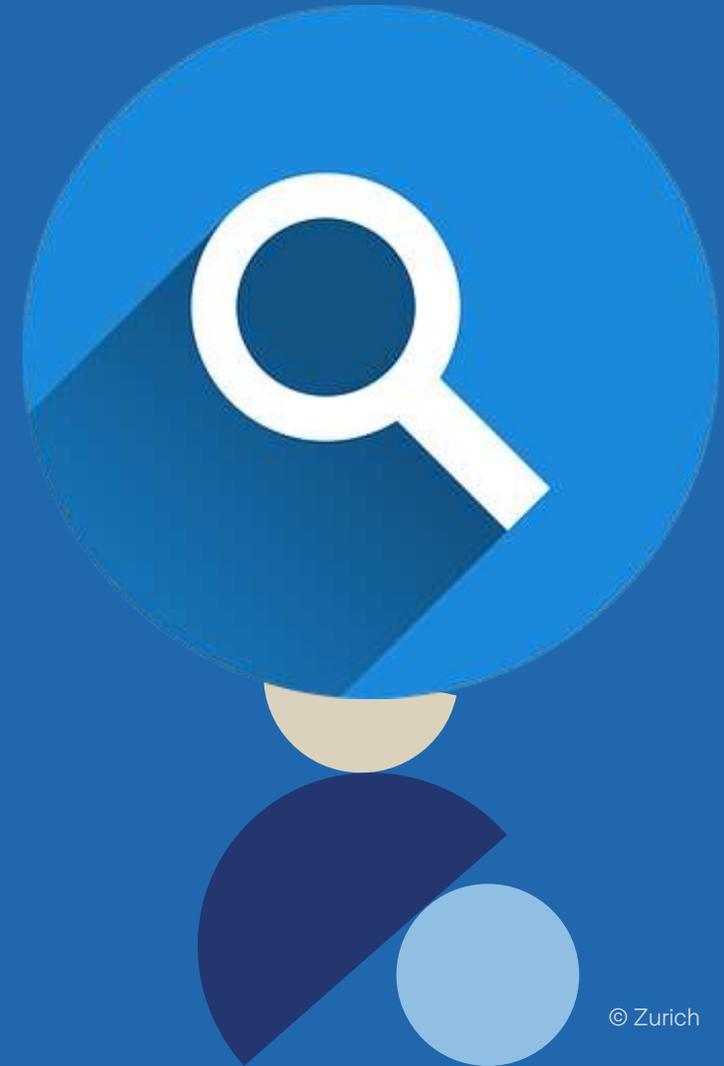
- Kein

erde

Vgl. [Ad-hoc-Empfehlung 01/22:](#)  
Hilfe und Pflege zu Hause  
(21.6.2022)

# Abklärung Unabhängiger Experte

8C\_514/2021\* Urteil vom 27.4.2022



## Bundesgericht

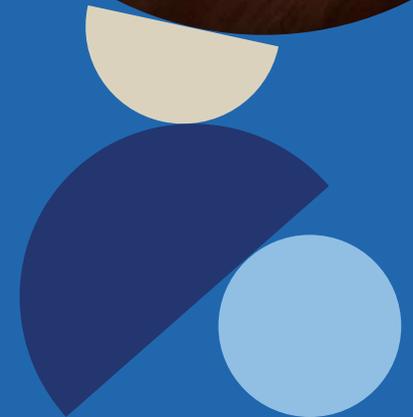
Ausstandsgründe sind rechtzeitig, d.h. sofort nach Entdecken geltend zu machen.

Der regelmässige Beizug, die Anzahl der beim selben Arzt in Auftrag gegebenen Gutachten sowie das Honorarvolumen führen für sich allein genommen nicht zum Ausstand.

Befangenheit bei 2 Mediziner, die sich die Praxisräumlichkeiten/Kosten teilen, wenn der eine als ärztlicher Berater und der andere auf Vorschlag seines Kollegen als Gutachter tätig ist.

**Fazit: Befangenheit bejaht**

# Versicherter Verdienst (UVG 15)



# Versicherter Verdienst für Rente bei Werkstudenten

BGE 148 V 84, Urteil vom 9.11.2021



## Rente

### Unfallversicherer

- IV-Grad von 51%
- Monatl. IV-Rente: CHF 204.90
- Jahresverdienst: CHF 6'027

### Versicherungsgericht Aargau

- Befristetes Arbeitsverhältnis
- Keine berufliche Ausbildung

### UVV 24 III

Bezog der Versicherte wegen beruflicher Ausbildung am Tage des Unfalles nicht den Lohn eines Versicherten mit **voller Leistungsfähigkeit** derselben Berufsart, so wird der versicherte Verdienst von dem Zeitpunkt an, da er die Ausbildung abgeschlossen hätte, nach dem Lohn festgesetzt, den er im Jahr vor dem Unfall als voll Leistungsfähiger erzielt hätte.

## Rente

### Bundesgericht

Voll leistungsfähig = primäres Ausbildungsziel erreicht

Keine echte oder unechte Lücke im Gesetz

Äquivalenzprinzip vs. Solidaritätsgedanke

Änderung auf Gesetzes- / Verordnungsstufe notwendig

FAZIT: Keine Änderung der Rechtsprechung

# Versicherter Verdienst in der freiwilligen Versicherung

8C\_701/2021\*, Urteil vom 4.5.2022



## Freiwillige Versicherung

### Unfallversicherer

- IV-Grad von 50%
- Versicherter Verdienst: CHF 48'600.00  
(Basis: versicherter Lohn in der freiwilligen Versicherung im Jahr 1997)

### Kantonsgericht Basel-Landschaft

- Gutheissung der Beschwerde und Rückweisung
- Unfallversicherung muss UVV 24 II anwenden

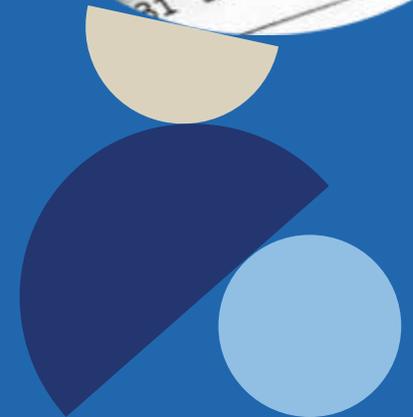
## Freiwillige Versicherung

### Bundesgericht

- Rückfall zulasten der freiwilligen Unfallversicherung
- **Änderung der Rechtsprechung:** Anwendbarkeit von UVV 24 II in der freiwillige Versicherung nicht per se ausgeschlossen
- Anpassung des vor dem Unfall bezogenen Lohns and die geschlechtsspezifisch ausgewiesene Nominallohnentwicklung im angestammten Tätigkeitsbereich

# Invalidität Ermittlung des IV-Einkommens

BGE 148 V 174, Urteil vom 9.3.2022



## Praxisänderung Tabellenlöhne?

### Argumentation versicherte Person

- Kein fairer Zugang zu Rentenleistungen.
- LSE wurde nicht für Bemessung Invaliditätsgrad entwickelt.
- Personen mit Behinderungen erzielen tiefere Löhne als Gesunde und sind bei der Stellensuche benachteiligt.
- Praxisänderung – neue Lohntabellen.

### Kantonsgericht LU

- Klare Rechtsprechung Bundesgericht - kein Raum für Praxisänderung.
- Anwendung von Medianlohn LSE mit Leidensabzug 10%.
- U.a. Anspruch auf Viertelsrente.

## Praxisänderung Tabellenlöhne?

Bundesgericht

Eine Praxisänderung muss sich auf ernsthafte, sachliche Gründe stützen können.

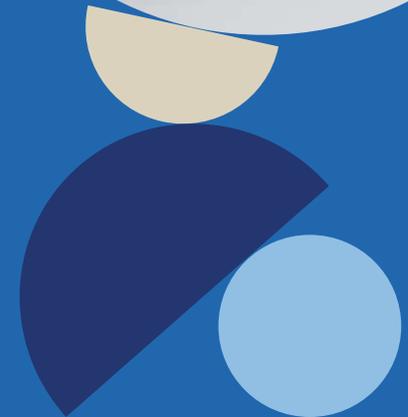
Gesetzlich vorgesehene Konzept des ausgeglichenen Arbeitsmarktes (Art. 16 ATSG).

LSE als taugliches Instrument zur Abbildung der Löhne in der Schweiz. Medianlohn als verlässlicher Ausgangswert.

Leidensabzug und Parallelisierung als Korrekturinstrumente im Einzelfall.

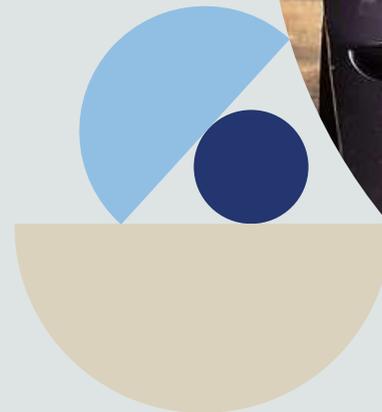
FAZIT: Keine Praxisänderung und Abweisung der Beschwerde.

# Revision (ATSG 17 / ATSG 53)



# Rentenrevision (ATSG 17 I)

BGE 147 V 161, Urteil vom 19.4.2021



## Bundesgericht

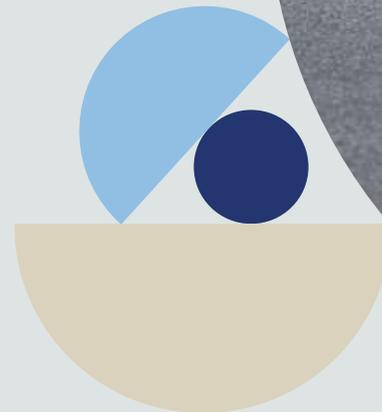
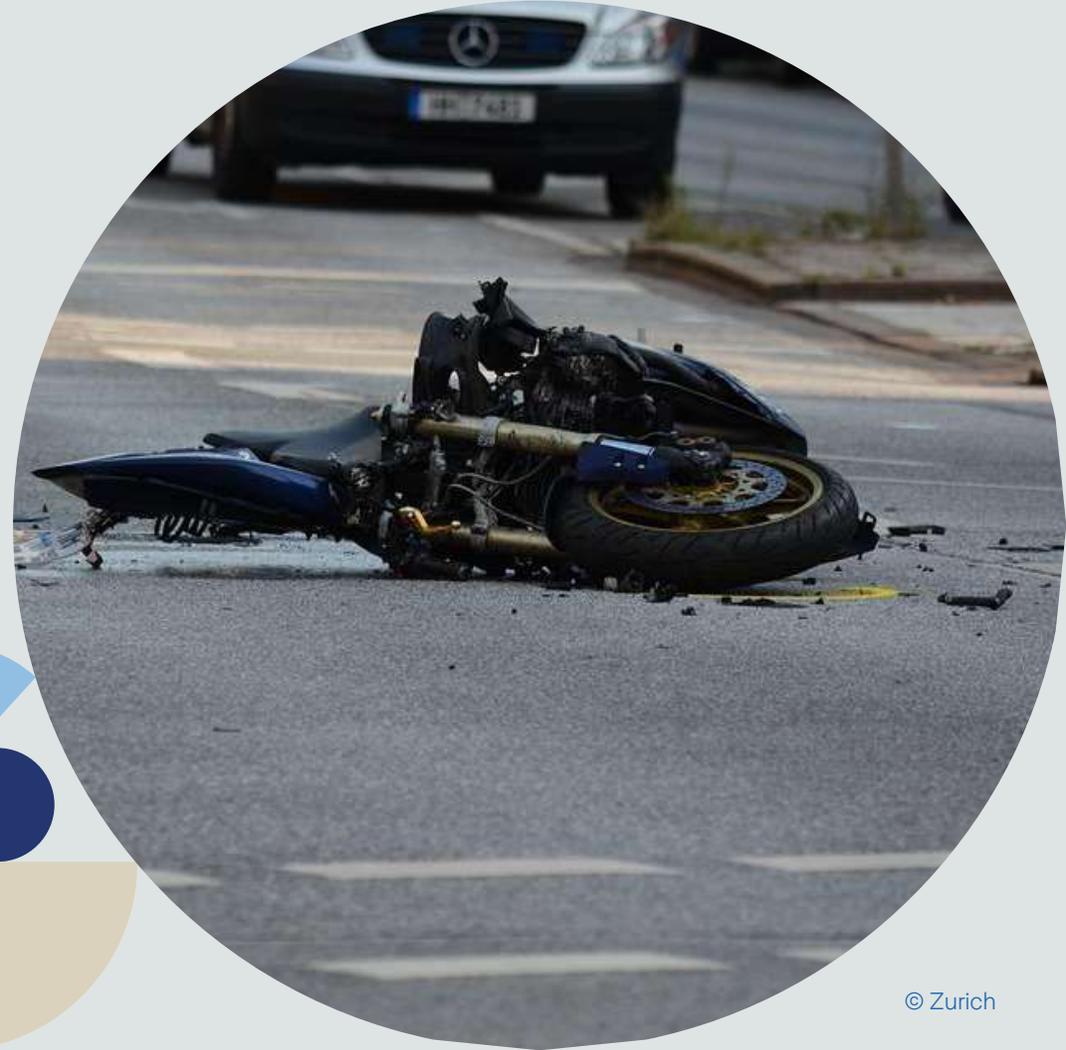
Überholende Kausalität

Unfallversicherungsrechtliche IV-Rente = lebenslange Rente

Nach Rentenzusprache auftretende Krankheit stellt kein Revisionsgrund dar.

# Revision (ATSG 17)

8C\_728/2020, Urteil vom 23.6.2021



## Anpassung der Invalidenrente

Gleichbleibender  
Gesundheitszustand

Veränderung der  
erwerblichen Situation

## Anpassung der Heilbehandlungskosten

Leistungen nach UVG 21 I c  
sind Dauerleistungen

Gleichbleibender  
Gesundheitszustand

Unveränderte med.-theo.  
Arbeitsfähigkeit

Anpassung/Angewöhnung  
eingetreten

Veränderung des beruflichen  
Belastungsprofils

# Leistungskürzung (UVG 37)

BGE 148 V 195, Urteil vom 1.3.2022



## Gesetzliche Grundlagen UVG

### Kürzungstatbestand

#### Art. 37 Abs. 2 UVG

- **Grobfahrlässigkeit**
- NBU
- Kürzung Taggelder 2 Jahre nach Unfall

#### Art. 37 Abs. 3 UVG

- **Vergehen und Verbrechen**
- Unfall
- Kürzung Geldleistungen
- Klassiker: Art. 90 Abs. 2 SVG

#### Art. 39 UVG/Art. 50 UVV

- **Wagnis**
- NBU
- Kürzung Geldleistungen um mindestens 50%

## Leistungskürzung nach rechtskräftiger Kürzung?

### Unfallversicherung

- Neubeurteilung Leistungskürzung infolge zweifelloser Unrichtigkeit.
- Anspruch auf gekürzte IVR.

### Verwaltungsgericht BE

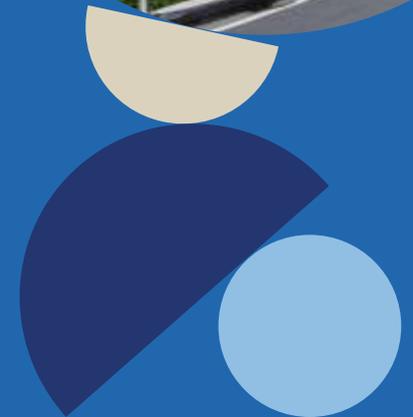
- Wiedererwägung zweifelloser Unrichtigkeit.
- Anspruch auf gekürzte IVR.

### Bundesgericht

- Eine vergessene Leistungskürzung ist zweifellos unrichtig.
- Nichtanwendung von Art. 37 Abs. 3 UVG bei rechtskräftiger Einstellung des Strafverfahrens im Berentungszeitpunkt ist nicht zweifellos unrichtig.
- Rentenrevision nach Art. 17 ATSG berechtigt nicht zur Neuprüfung des zeitlich abgeschlossenen Kürzungstatbestand.
- **Fazit:** Gutheissung Beschwerde – Anspruch auf ungekürzte Invalidenrente.

# Verfahrensfragen - Einsprachefrist (ATSG 52 I)

8C\_217/2021, Urteil vom 7.7.2021



## Anforderungen

Gesetzliche Frist - grundsätzlich nicht erstreckbar (ATSG 52 I Satz 1)

Form und Inhalt der Einsprache (ATSV 10)

Rechtsbegehren und Begründung (ATSV 10 I)

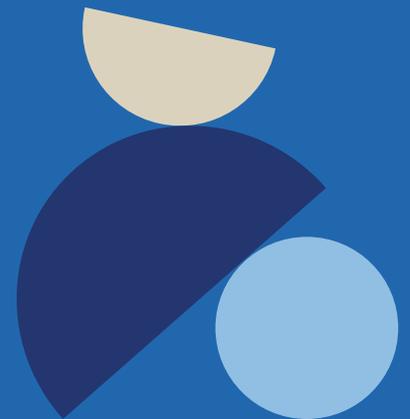
Schriftlich oder bei persönlicher Vorsprache mündlich (ATSV 10 III)

Unterschrift (ATSV 10 IV)

Nachfrist bei ungenügender Einsprache (ATSV 10 V)

**Vorliegend: Rechtsmissbrauch!**

# Versicherungsvertragsrecht



# Schadens-/Summenversicherung

BGE 146 III 339, Urteil vom 14.7.2020



## Bundesgericht

Hinweis soziale Untersuchungsmaxime – Deckungsargumentation sprengt Untersuchungsmaxime.

Leistungsvoraussetzungen sind durch Vertragsauslegung zu ermitteln – Schadensversicherung.

Taggeld als Ersatz für Lohnfortzahlungspflicht Arbeitgeber.

Anrechnung Leistungen Dritter zur Vermeidung einer Überentschädigung.

Schadensnachweis bei arbeitslosen Versicherten – Verweis BGE 141 III 241.

VT hatte Stelle im Zeitpunkt Erkrankung bereits verloren – Vermutung spielt nicht.

**Fazit: Klageabweisung aufgrund fehlendem Schadensnachweis**

# Beweislast und Beweismass



# Umfang der Leistungspflicht

BGE 148 III 105, Urteil vom 31.8.2021



## Beweislast des Anspruchsberechtigten im KTG

Bundesgericht

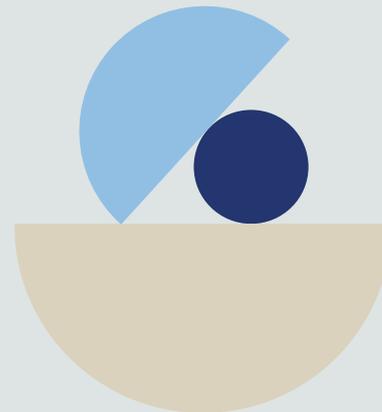
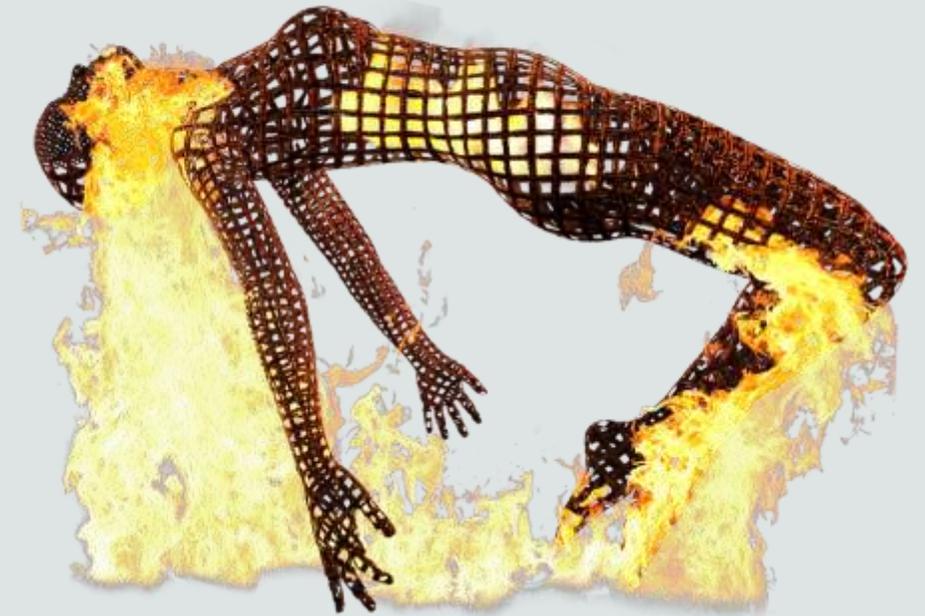
Strikter Beweis

Bestehen des Versicherungsvertrages

Eintritt des Versicherungsfalles und Umfang des Anspruches

# Betrügerische Anspruchsbegründung

BGE 148 III 134, Urteil vom 11.1.2022



## Beweismass für den Versicherer bei betrügerischer Anspruchsbegründung

Strikter Beweis

Wahrheitswidrige Darstellung von Fakten

Überwiegende  
Wahrscheinlichkeit

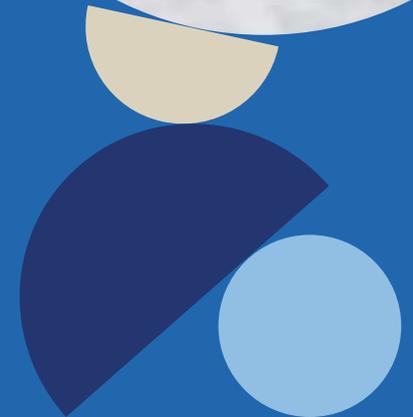
Täuschungsabsicht = Innerpsychologisches Phänomen

### Bundesgericht

- Wahrheitswidrige Darstellung von Tatsachen
- Täuschungsabsicht gegeben

# Leistungsdauer – Arbeitsplatzbezogene Arbeitsunfähigkeit

4A\_1/2020, Urteil vom 16.4.2020



## Beweis / Übergangsfrist

Bundesgericht

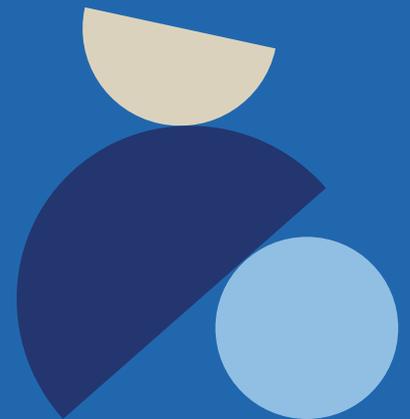
Beweis für Arbeitsunfähigkeit nicht erbracht.

Keine Übergangsfrist ohne Berufswechsel.

Hinweis: 4D\_7/2021 – Medizinische Ursache der arbeitsplatzbezogenen AUF vorausgesetzt.

# Der einzelne Mensch trägt die Verantwortung für seine Weiterbildung.

(Art. 5 Abs. 1 WeBiG)



# Danke!

